

Sehr geehrte Abgeordnete,

ich wende mich heute auch im Namen meiner beiden Stellvertreter Klaus Liepert aus Memmingen und Michael Wüst aus Freising in einer dringenden Angelegenheit an Sie: Die zukunftsfähige Finanzierung des Zivilschutzes in der Bundesrepublik Deutschland! Diese ist seit Ende des kalten Kriegs nicht mehr gegeben. Unser Technisches Hilfswerk, die Zivilschutzorganisation des Bundes leidet trotz wichtiger, aber ausgelaufener Investitionspakete an struktureller Unterfinanzierung in allen Bereich. Jedes Jahr verlieren wir wichtige Fähigkeiten im Zivilschutz alleine schon deshalb, weil überalterte Ausstattung nicht Ersatz beschafft werden kann. Dies schwächt den Schutz der Zivilbevölkerung im Verteidigungsfall und frustriert die ehrenamtlichen Einsatzkräfte im Zivilschutz sowie im erweiterten Katastrophenschutz, der bundesfinanzierten Ausstattung der Länder für den Zivilschutz im Bereich Brandschutz und Sanitätswesen.

Allerspätestens mit dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine, der mit der Annexion der Krim 2014 begann und seit Februar 2022 zu einem Krieg gegen die Ukraine wurde, hat sich die Sicherheitslage auch für die Bundesrepublik dramatisch gewandelt. Ein Krieg, nicht einmal 1.000 km von uns entfernt, in dem mittelbar auch die NATO und damit wir involviert sind, bei der die Sicherheit der westlichen Welt bedroht wird, rückt sowohl die militärische Verteidigung als auch den damit untrennbar verbundenen Zivilschutz wieder in den Fokus. Auf diese neue Bedrohungslage **ist der Zivilschutz nicht vorbereitet** und auch **finanziell nicht unterfüttert**. Dies gilt auch und in besonderem Maße für das Technische Hilfswerk. **Wir benötigen eine verstetigte Grundfinanzierung von derzeit €675m, nur um den Status Quo aufrecht erhalten zu können – aktuell liegen unsere jährlichen Mittel deutlich darunter!**

Die Nato fordert von ihren Mitgliedern, 2% des BIP für die Verteidigung bereit zu stellen. Dieses Ziel hat die Bundesrepublik u. a. mit dem Sondervermögen für die Bundeswehr nahezu erreicht. Ein vergleichbarer Aufwuchs im Zivilschutz ist jedoch nicht erfolgt. Um alle Akteure in der Zivilverteidigung zivilschutzfähig zu machen, **fordern wir daher 2% der 2% Nato Budgetvorgabe für die Verteidigung als zusätzliche Mittel pro Jahr für die Bewältigung der Herausforderungen der Zivilverteidigung und des des Zivilschutzes.**

Wir, die ehrenamtlichen Einsatzkräfte des THW, vertreten durch die Landessprecher und Landessprecherinnen und deren Stellvertreter und Stellvertreterinnen, fühlen uns in unserer Rolle verpflichtet, die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes im Zivilschutzfall schützen zu können. Uns ist sowohl die angespannte Haushaltslage des Bundes als auch die Notwendigkeit, Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen, wohl bewusst. Aber am Schutz der Bürgerinnen und Bürger zu sparen und dem ehrenamtlichen getragenen Zivilschutz des Bundes und dem erweiterten Katastrophenschutz der Länder für die Zivilverteidigung finanziell den Boden unter den Füßen weg zu ziehen, ist für uns nicht hinnehmbar.

Die Arbeitskraft von über 85.000 ehrenamtlichen THW-Angehörigen und unzähliger weiterer, ehrenamtlich im erweiterten Katastrophenschutz der Länder tätiger, Menschen stellen wir dem Staat kostenfrei und unter Inkaufnahme persönlicher Nachteile kostenfrei zur Verfügung. Die Ausstattung für unser Wirken zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger muss der Staat in vollem Umfang und taktisch-technisch angemessen sowie dauerhaft bereitstellen und auch weiterentwickeln. Dafür benötigen wir diese dauerhaft diese Mittel!

Unterstützen Sie unsere Forderung nach einer verstetigten und ausreichenden Finanzierung des Zivilschutzes in unserem Land für den Sie als Abgeordnete die politische Verantwortung tragen. Wir, die ehrenamtlichen Einsatzkräfte des THW, setzen ihn um. Kostenlos für den Bund!

Gerne erläutern wir Ihnen die dringend notwendige Umsetzung unserer Forderung auch in einem persönlichen Gespräch. Eine Hintergrundinformation dazu finden Sie als Anlage zu diesem E-Mail.